

Der Deckel muss weg

Thomas Vorderwülbecke, Leibnizstraße 14, 96450 Coburg

Musste einst „die Mauer weg“, so muss nun heute „der Deckel weg“. So die Forderung von Hr. Prof. V. Quaschnig von der HTW-Berlin auf der Solarstromtagung in Kloster Banz am 19. März 2019. Gemeint ist das Ende der gesetzlich geregelten Inbetriebnahme und Einspeisevergütung für neue Fotovoltaikanlagen, wenn „irgendwann in ferner Zukunft“ die magische Grenze von 52 Gigawatt (GW) an installierter Modulleistung erreicht sein wird. Diese „ferne Zukunft“ war 2010 weit weg, im Jahr 2019 stehen wir „direkt davor“, denn es sind rund 48 GW installiert – und der Ausbau der Erneuerbaren Energien sollte jetzt erst so richtig losgehen ... an dieser Stelle folgte ein wenig schmeichelhaftes Foto eines wichtigen Ministers ...

Es war schon eine sehr eigenartige Stimmung an diesem Dienstag, Frau C. Viertel im Auftrag des BMWI (Wirtschaftsministerium) wieder vor Ort konnte fast nichts berichten, denn alle möglichen Klimagremien, Kohlegremien usw. sind gerade am Tagen und zu berichten gibt es nichts Neues. Umso „noch eigenartiger“ die Stimmung unter den inzwischen wieder stark zahlreich erschienen Teilnehmern – darunter Unmengen junger Personen (Tuesday for future?) – eine Art Aufbruch wie zu urigsten Goldgräberzeiten. Hr. Prof. B. Burger vom Fraunhofer Institut in Freiburg und fachlicher Leiter stellte nicht nur die Stromsystemzustandszahlen anhand von „EnergyCharts.de“ vor, sondern auch die Bedeutung weitergehender Forschung zur weiteren Verringerung der Kosten für Strom aus Fotovoltaik. Deutsche / europäische Forschung und chinesische Subvention der industriellen Massenfertigung für SolarstromModule garantieren heute schon Stromkosten aus großen Solarkraftwerken zu Preisen bei denen alle anderen „Stromhersteller“ sich die Augen reiben und die Ziffern nachzählen. Andere Referenten wie z.B. Hr. T. Meyer von der Naturstrom AG / Hamburg nutzen die Gelegenheit um z.B. das Mieterstromgesetz als bürokratischen Aufwand zur Verhinderung der Energiewende einzusortieren. Zum ersten Mal dabei und gleich auf dem Podium Hr. C. Wattendrup von Vattenfall ... fast in grinsender Position, die Firma Vattenfall baut und investiert derzeit in Fotovoltaik Großprojekte, dass sich diese Firma recht bald einen Wegfall der gesetzlichen Regelungen wünscht, denn auf „Förderung“ sei man ja schließlich nicht (mehr) angewiesen. Ähnliches konnte Hr. B. Ortmann von BayWa r.e. berichten – die Firma errichtet europaweit Solarkraftwerke, träumt von der Bebauung der Abraumhalden der Braunkohletagebaue und könnte vor Tatendrang fast platzen. Fast „zum Platzen“ war es wohl auch W. Ernst von der Biohaus-Stiftung, der an die Adresse des BMWI formulierte ... „weg mit dem EEG aber auch mit all den restriktiven Fallstricken für Solarstromproduzenten“ – Hoffnung macht auch hier die „Erneuerbare Energien Richtlinie“ der Europäischen Union, die eine „Bagatellgrenze“ von 30 KiloWatt Solarstromleistung je Einfamilienhaus vorschlägt. Damit könnte man sämtlichen Strom, warmes Wasser im Sommerhalbjahr und Elektromobilität mit Energie versorgen. Wie gut es im Winter mit der Heizung funktioniert ist von der „Qualität des Hauses“ abhängig.

Ähnlich argumentierte Hr. Prof. T. Leukefeld, der schon gar nicht mehr an Kilowatt und Einspeisevergütung denkt, sondern an „Warmmiete“ inklusive Strom, Heizung, Internetdienste und Elektroautonutzung ... und das alles für rund 11 € pro Quadratmeter im Mehrfamilienhaus. Hr. M. Vogtmann von der deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie Franken zeigte einige Szenarien für den Weiterbetrieb von Fotovoltaikanlagen nach Ende der gesetzlich geregelten Einspeisevergütung auf ... UND??? Wie zu erwarten, hat auch dies „die Politik“ in keinsten Weise auf dem Schirm (der Agenda). Fehlt nur Hr. Prof. V. Quaschnig, von dem ich den Titel des Beitrages übernommen habe. In gewohnt fachlich fundierter bis kabarettistischer Weise griff er die Proteste Fridays for Future auf, gehört zu den Initiatoren der 23.000 Wissenschaftler, die sich hinter die Freitagsdemos stellen und

bereitete in einer Mischung aus Anklage politischen Totalversagens bis hin zum amüsanten Vorschlag ... schicken Sie Ihrem Bundestagsabgeordneten oder Minister „einen Deckel“ – Bierdeckel, Klodeckel, Kanaldeckel – der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt – und machen Sie im Begleitbrief deutlich dass für ... Solarstrom, Klimaziele, Energiewende und und und der Begrenzungsdeckel von 52 GigaWatt gesetzlich abgeschafft werden muss.

In der Tat – eine massive Aufbruchstimmung ... nur dass keine relevanten Vertreter aus der Politik zugegen waren.